V16 Femizide benennen – Gewalt gegen Frauen sichtbar machen und bekämpfen

Gremium:	Landesfrauenrat
Beschlussdatum:	23.04.2025
Tagesordnungspunkt:	7. Verschiedene Anträge

Antragstext

Täglich werden Frauen Opfer geschlechtsspezifischer Gewalt – in Deutschland etwa jeden zweiten Tag mit tödlichem Ausgang. Diese Tötungsdelikte sind keine tragischen Einzelfälle, sondern Ausdruck struktureller patriarchaler Gewaltverhältnisse. Der Begriff Feminizid benennt sie als das, was sie sind: die extremste Form geschlechtsspezifischer Gewalt, oft verübt aus Besitzanspruch, Kontrollzwang oder einem tief verankerten Frauenhass.

Auch in Mecklenburg-Vorpommern ist dieses Problem allgegenwärtig. Femizide geschehen nicht irgendwo, sondern hier – mitten unter uns. 2022 wurde in Parchim eine 39-jährige Frau von ihrem Ehemann in der gemeinsamen Wohnung getötet. 2021 erstach in Stralsund ein Mann seine getrennt lebende Partnerin auf offener Straße. 2023 tötete ein ehemaliger Lebensgefährte in Neubrandenburg eine Frau vor den Augen der gemeinsamen Kinder. Diese Fälle stehen stellvertretend für viele weitere, die oft kaum mehr als eine Randnotiz in der Lokalpresse erhalten – wenn überhaupt.

Trotz dieser Realität fehlt bislang eine klare politische und gesellschaftliche Anerkennung von Femiziden als systemisches Problem.

Der Landesparteitag möge beschließen:

1. Bündnis 90/Die Grünen Mecklenburg-Vorpommern erkennen Femizide als spezifische Form geschlechtsspezifischer Gewalt an und benennen sie öffentlich als solche.

2. Der Landesverband setzt sich auf Landes- und Bundesebene dafür ein, dass:
    - Femizide klar definiert, statistisch erfasst und als eigene Kategorie in der Kriminalitätsstatistik ausgewiesen werden,
    - bestehende Schutzmaßnahmen im Sinne der Istanbul Konvention für gefährdete Personen deutlich ausgebaut und finanziell langfristig abgesichert werden (z. B. Frauenhäuser, Gewaltschutzambulanzen, niedrigschwellige Beratungsangebote),
    - eine umfassende, landesweite Aufklärungskampagne zu geschlechtsspezifischer Gewalt und Femiziden konzipiert und umgesetzt wird.
    - polizeiliche und juristische Fachkräfte regelmäßig zu geschlechtsspezifischer Gewalt und Femiziden fortgebildet werden,

Der Landesverband bringt das Thema Femizide verstärkt in die eigene Öffentlichkeitsarbeit ein, etwa durch regelmäßige Gedenk- und Aktionstage (z. B. am 25. November – Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen und Mädchen) sowie durch Bündnisse mit zivilgesellschaftlichen Organisationen.

Begründung

Femizide sind nicht das Randphänomen einer eskalierenden Beziehung, sondern die Spitze eines Eisbergs tief verwurzelter Gewaltstrukturen gegen Frauen und queere Menschen. Dass in Deutschland alle zwei bis drei Tage eine Frau von ihrem (Ex-)Partner getötet wird, ist ein unhaltbarer Zustand. Diese Gewalt ist oft vorhersehbar – und damit vermeidbar.

Der Mord an einer Frau in Parchim nach jahrelanger häuslicher Gewalt oder die Tat in Neubrandenburg trotz bestehender Kontaktverbote zeigen: Schutzmechanismen greifen häufig zu spät oder existieren nicht in ausreichender Form.

Bis heute fehlt in Deutschland eine umfassende rechtliche wie gesellschaftliche Anerkennung des Begriffs „Feminizid“. Das hat fatale Konsequenzen: Täter werden entlastet – durch Begriffe wie „Trennungsschmerz“ oder „Eifersucht“ – und die strukturellen Ursachen unsichtbar gemacht. Opfer bleiben oft namenlos.

Die Istanbul-Konvention, der Deutschland beigetreten ist, verpflichtet zu konkreten Maßnahmen gegen geschlechtsspezifische Gewalt. Auch Mecklenburg-Vorpommern trägt hier Verantwortung.

Unterstützer*innen

Maria-Eileen Diehr (KV Vorpommern-Greifswald); Jan Trunczik (KV Rostock); Carolin Roth (KV Rostock); Philipp Lübbert (KV Ludwigslust-Parchim); Antje Brandt (KV Ludwigslust-Parchim); Brigitte Kowalsky (KV Ludwigslust-Parchim); Pamela Dorsch (KV Vorpommern-Rügen); Silvia Schlage (KV Rostock); Steffi Rühlemann (KV Rostock); Klara Hansen (LV Grüne Jugend Mecklenburg-Vorpommern); Denis Wermuth (KV Vorpommern-Rügen); René Fuhrwerk (KV Nordwestmecklenburg); Tommy Klein (KV Ludwigslust-Parchim); Judith Göbel (KV Ludwigslust-Parchim); Irene Menke (KV Nordwestmecklenburg); Tjaard Behrens (KV Rostock); Luzie Stroschein (KV Vorpommern-Greifswald); Laura Popin (KV Vorpommern-Rügen); Antje Dobers (KV Rostock); Arndt Müller (KV Schwerin); Susanne Meier (KV Nordwestmecklenburg); Lena Eckert (KV Vorpommern-Greifswald); Irene Blendinger (KV Mecklenburgische Seenplatte); Fabian Gründler (KV Vorpommern-Greifswald); Nico Heller (KV Nordwestmecklenburg)